

1. Herausforderungen für Deutschland (allgemein)

Der Kommunismus und der real existierende Sozialismus in Osteuropa sind untergegangen; der Versuch, das Paradies auf Erden zu schaffen, ist gescheitert und musste Konkurs anmelden. Ludwig Erhard hat Karl Marx aus dem Rennen geworfen. Wir leben in einer Zeit großer politischer Ereignisse und Veränderungen.

Seit dem 03. Oktober 1990 sind auch wir Deutschen wieder in einer Nation vereint. Was viele schon gar nicht mehr zu hoffen gewagt hatten, wurde plötzlich Wirklichkeit, ohne dass ein Schuss gefallen ist. Jetzt müssen wir diese große und wunderbare Aufgabe gemeinsam und mit viel Geduld meistern.

Das ist das eine; ein weiters vollzieht sich parallel: Wir verwirklichen in Europa den gemeinsamen Markt! Ein Europa mit etwa 380 Millionen Menschen ohne Zollschranken von Sizilien und bis zum Skagerak und neuerdings auch von der Algarve bis zur Oder [und demnächst wohl noch darüber hinaus: Zahlreiche Länder drängen auf eine Mitgliedschaft]. Auch hier geht die Entwicklung weiter. Eine gemeinsame Währung wartet in den Startlöchern. Man mag sich wünschen, ihr Tempo zu drosseln, aber niemand wird sie mehr aufhalten – zu einem vereinten Europa gibt es keine Alternative.

Die Welt wächst zusammen, der Globus wird immer kleiner. Und das verändert unser Wirtschaftsleben tiefgreifend. Neue, ernstzunehmende Wettbewerber drängen auf den internationalen Markt. Aber nicht nur Turbulenzen kommen ins Spiel, sondern auch Komplexität. In einer arbeitsteiligen Welt hängt alles immer mehr mit dem anderen zusammen. Das heißt, wenn irgendein Staat – ob in der Nähe oder auf einem fernen Kontinent – einen großen volkswirtschaftlichen Unsinn macht und wesentliche Teile seiner Wirtschaft ruiniert, dann kann das unsere Kosten und Stückzahlen außerordentlich beeinflussen.

Wie zunehmend wichtig globale Sichtweisen sind, zeigt sich auch in der Belastung unseres Lebensraumes Erde. Das betrifft uns alle. Der Erhalt des ökologischen Gleichgewichts ist von lebensnotwendiger Bedeutung für alle Menschen. Probleme wegen des weltweiten Energie- und Wasserverbrauchs, Bodenerosionen, der abnehmenden Grundwasserqualität und des Mülls brauchen kluge, realisierbare Lösungen.

Auch immer schnellerer Fortschritt mit immer kürzeren Lebenszyklen von Produkten und Entwicklungen bestimmt mittlerweile unseren Alltag. Das Informationszeitalter hat längst begonnen und schreitet voran – eine tiefgreifende Umwälzung mit einer Tragweite, die mit der der Erfindung des Automobils vergleichbar sein dürfte. Videokonferenzen, Datenautobahnen und weltweite Vernetzung via Telekommunikation – Multimedia – sind längst keine exotischen Exempel mehr. Information und Kommunikation werden zu bestimmenden Produktionsfaktoren. Ein „globaler Marktplatz“ ist im Entstehen, der besonders kleinen und mittleren Betrieben durch intelligente Produktionsverfahren ganz neue Möglichkeiten bietet. Weltweit können Geschäfte direkt mit dem Kunden auf kürzestem Weg getätigt werden. Mit diesen Möglichkeiten gehen aber auch neue Herausforderungen

einher, die gelöst werden müssen. Da sind offene Fragen, die nach Antworten suchen: Wie können Datensicherheit, Vertraulichkeit, Schutz geistigen Eigentums und nicht zuletzt die Fälschungssicherheit elektronischer Unterschriften gewährleistet werden?

Ein weiteres tritt in unserer Zeit hinzu: Unsere gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist nicht vergleichbar mit einer zyklischen, lediglich konjunkturellen Abschwungphase – wobei – wie bei einem Aprilregen – hinter den Wolken gleich schon wieder die Sonne lacht! Wir müssen endlich die Konsequenzen daraus ziehen, dass wir uns in einer tiefgreifenden strukturellen Krise befinden, die selbst dann, wenn die Konjunktur wieder ansteigt, noch lange nicht behoben sein wird – und so wird uns auch die hohe Arbeitslosenzahl noch lange große Sorgen bereiten.

Die Deutschen stehen also vor einer mehrfach schwierigen Aufgabe:

1. Den – weiß Gott – nicht einfachen Problemen, die sich aus der Wieder-vereinigung noch für längere Zeit ergeben. Der 3. Oktober 1990 ist ja erst ein paar Jahre her.
2. Vor der Aufgabe von – ich möchte sagen saecularer Bedeutung – bei dem Neubau Europa als völkerreichste und stärkste Wirtschaftsregion eine wegweisende, kreative und stabilisierende Rolle zu übernehmen. Wir sind auf diesem Weg schon viel weiter als manch einer glaubt. Die Welt hat sich unglaublich verändert. 60 Prozent aller Gesetze, die die Spielregeln unseres Verhaltens bestimmen, sind bereits europäische Gesetze.
3. Ihre eigene Wirtschaft dynamisch zu halten, innovative Kräfte einzubringen, ein mitreißendes Beispiel zu geben und schließlich:
4. Zu erkennen, dass alte Denkmuster nicht mehr gelten; die Zukunft lässt sich nicht mehr in voneinander unabhängige „Förmchen“ drücken. Neue Chancen und Herausforderungen fordern unsere Fantasie. Tatkraft ist gefragt, technisches Können und gestalterische Meisterschaft.

Eine großartige Zeit, in der wir leben! Voller Möglichkeiten – und fern der Langeweile.

Umso unverständlicher eigentlich, dass man beobachten kann, wie immer wieder sogenannte Bedenkenträger auftreten. Ängste werden gepflegt: Angst vor den wirtschaftlichen Folgen der deutschen Einheit, Angst vor den Herausforderungen der Europäischen Union, Angst vor amerikanischer und japanischer Konkurrenz, vor der Wachstumsregion der vier kleinen Tiger, die immer größer werden, und nicht zuletzt Angst vor Innovationen. Die „Ängste der Deutschen“ – das ist bereits ein geflügeltes Wort im Ausland. Und wenn auf einer Titelseite einer großen französischen Zeitung die Schlagzeile „Le Angst“ ins Auge springt, dann ist Gefahr im Verzug, die den Blick nach vorne blockiert und optimistische Visionen von der Zukunft zunichtemacht!

Was geht da vor bei den Deutschen? Mut ist gefragt – Courage. Aber das ist ja ein französisches Wort!

Von der Zukunft ist Jeder betroffen. Die Wiedervereinigung, das Bauwerk Europa und die globalen Herausforderungen bilden ein Spannungsfeld, in dem der Wettbewerb überall härter wird – gleichsam aufgeladen wird. Das steht ganz außer Zweifel. Das wird auch in der mittelständischen Wirtschaft, im Handwerk und im Handel schon deutlich spürbar.

2. Wettbewerbsfeld: Produkte und Dienstleistungen

Heute zeichnen sich – international betrachtet – zwei entscheidende Wettbewerbsfelder ab:

Da ist auf der einen Seite ein dynamischer Preis- und Qualitätswettbewerb der Produkte und Dienstleistungen. Darüber wird in den Unternehmen entschieden – da wo produziert wird und Dienstleistungen erbracht werden. Die Betriebe müssen sich darauf vorbereiten, Produkte von bester Qualität herzustellen. Diese Herausforderung „Wettbewerb der Produkte“, der gleichsam ein „Wettbewerb von Innovationen“ ist, muss auf der unternehmerischen Seite gemeistert werden.

Auch im Handwerk steigen die Anforderungen. Der Druck, der durch die technische Entwicklung auf unsere Betriebe und auf die Menschen, die darin arbeiten, einwirkt, nimmt von Tag zu Tag zu. Die Berufsbilder wandeln sich entsprechend – der Handwerksmeister muss immer mehr und immer neue Kenntnisse und Fertigkeiten beherrschen. Ständig neue Werkstoffe, neue Werkzeuge, neue Maschinen, neue EDV-Generationen, neue Verordnungen, neue Gesetze – und jede Woche ein neuer Schadstoff. Der Handwerker braucht zunehmend umfassende Kompetenzen: Technisches Knowhow, kaufmännisches Wissen und kommunikative Fähigkeiten im Umgang mit seinen Kunden.

Da nimmt das Bildungsvolumen ständig zu. Eine einmal abgelegte Meisterprüfung im Handwerk reicht dafür ein ganzes Berufsleben nicht mehr aus. Lebenslanges Lernen wird immer wichtiger. Das wissen wir! Das dürfte übrigens für alle Berufe gelten!

Und da Handwerk immer da beginnt, wo die oft einmalige, an eine ganz bestimmte Lösung gebundene Leistung gefordert wird, universal und original ist, wird Weiterbildung zu einem Schlüsselwort für das Handwerk, zum Schlüssel für seine Zukunft. Und nicht nur für das Handwerk gilt das: Wer – wie das Exportland Deutschland – hochtechnisierte und teure Investitionsgüter und Anlagen herstellen und verkaufen will, der muss selbstverständlich auch dafür Sorge tragen, dass es entsprechend qualifizierte Fachkräfte gibt, die diese komplizierten Güter, Anlagen und Maschinen auch reparieren und warten können, den Service perfekt zu meistern verstehen.

3. Wettbewerbsfeld: Staatliche Rahmenbedingungen

Neben dem Wettbewerb der Qualität der Produkte und Dienstleistungen findet auf der anderen Seite ein ebenso harter Wettbewerb der wirtschaftlichen – der staatlichen – Rahmenbedingungen statt. Diese staatlichen Rahmenbedingungen werden allerdings nicht in den Betrieben gemacht, nicht in den Werkstätten der Handwerker, nicht in den Backstuben und auf den Baugerüsten, nicht einmal in den gläsernen Chefetagen – die Entscheidungen über staatliche Gesetze und Verordnungen fallen in der Politik!

Die politische Großwetterlage wird damit immer entscheidender für die Entwicklung der Unternehmen und damit auch für die Innovationen und Investitionen, für die Arbeitsplätze in der Zukunft, und damit zugleich für unser ganz persönliches Schicksal! Jeder ist betroffen.

Damit ist die Frage nach der Qualität, der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland aufgeworfen.

Sind wir, was die politischen Rahmenbedingungen betrifft, konkurrenzfähig? Diese Frage unentwegt zu stellen – nicht nur in den Unternehmen, sondern auch in der Politik, ist ein Gebot der Stunde! Ist Deutschland noch der Nährboden für Innovationen und Wachstum, so wie es Deutschland einmal war?

Während es Aufgabe der Unternehmen ist, Standortvorteile für eine effiziente Produktion und Dienstleistung zu suchen und zu nutzen, Innovationen anzuregen, Investitionen zu wagen, – ist es Aufgabe der Politik, ebenso effiziente Standortbedingungen zu schaffen. So wie sich die Unternehmen für den härter werdenden Wettbewerb beweglicher, schlanker machen, müssen auch Politik und Gesellschaft dieser schwierigen Aufgabe auch unter oft schmerzhaften Bedingungen – man will ja in der Politik immer mehrheitsfähig bleiben – nicht ausweichen.

Entsprechende Maßnahmen sind bisher – wenn überhaupt – nur in Teilbereichen angegangen worden. In manchen, besonders wichtigen Politikbereichen – wie zum Beispiel in der Sozialpolitik – sind hingegen weitere kostentreibende Belastungen und damit auch Verschlechterungen für die Betriebe eingetreten, besonders für den personalintensiven Mittelbau der Wirtschaft. Und das geht zu Lasten aller, *arbeiten doch rund 80 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland bei kleinen und mittleren Betrieben.*

In gebotener Kürze möchte ich auf einige der wichtigsten Rahmenbedingungen noch etwas näher eingehen:

1. Die dem wirtschaftlichen Fortschritt wie keine andere Wirtschaftsordnung dienende soziale Marktwirtschaft muss Kern und Leitbild einer gemeinsam verantworteten, sozial verpflichteten Gesamtpolitik bleiben.

Die Grundlagen einer freiheitlichen Marktwirtschaft sind Wettbewerb, Leistung, technischer Fortschritt, Eigenverantwortung, Eigentum, soziale Sicherheit und Freiheit.

Und hier muss deutlich gesagt werden: Freiheit ist unteilbar! Es gibt deshalb auch keine halbe Marktwirtschaft oder eine moderate Marktwirtschaft oder gar eine Mischung von Plan- und Marktwirtschaft. Und ginge die Freiheit in der Wirtschaft verloren, so verschwände sie über kurz oder lang auch aus unserem persönlichen, unserem privaten Bereich.

Dem Verlust an wirtschaftlicher Freiheit pflegt der Verlust an individueller privater Freiheit auf dem Fuße zu folgen. Wir brauchen also die wirtschaftliche Freiheit, um unsere persönliche, private Freiheit zu sichern. Das muss man sehen! Somit ist die soziale Marktwirtschaft viel mehr als irgendein Wirtschaftssystem, das man beliebig auswechseln könnte – sie ist das Fundament für unsere wirtschaftliche und persönliche Freiheit. Das muss man bei allen wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Handlungen voranstellen. Das ist eine Grunderkenntnis. Das ist Urgestein der Wirtschaftspolitik.

Die Auseinandersetzung aber zwischen wirtschaftlicher und persönlicher Freiheit einerseits und Kollektivismus und staatlicher Reglementierung andererseits ist trotz des Zusammenbruchs des Staatssozialismus in den Ostblockländern noch lange nicht beendet.

Wer nun die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entwicklung in unserem Land aufmerksam verfolgt, wird jedoch voller Sorge erkennen müssen, dass wir zur Zeit von dem erfolgreichen Weg der sozialen Marktwirtschaft immer mehr abdriften in eine ausufernde Staatswirtschaft. Damit greife ich eine weitere wichtige Rahmenbedingung auf.

Ein Staat, bei dem die Staatsquote jetzt auf etwa 52 Prozent hochgeschneit ist (Staatsquote definiert als das Verhältnis von Staatsausgaben zum Bruttosozialprodukt; also das, was der Staat für sich vom Marktwert aller produzierten Güter und Dienstleistungen während eines Jahres abzieht), befindet sich auf einem gefährlichen Abweg.

Dazu ein erschreckender Zahlenvergleich: Zu Ludwig Erhards Zeiten betrug die Staatsquote in Deutschland rund 35 Prozent. Bei unseren Hauptkonkurrenten Japan und USA liegt sie auch heute noch mit 32 Prozent bzw. 38 Prozent auf etwa dieser Höhe. Wir aber glauben, uns eine Staatsquote von 52 Prozent erlauben zu können. Die Tendenz, sie weiter zu erhöhen, steigt sogar noch an! Das kann nicht gutgehen!

Dazu muss man überdies wissen, dass Staatsschulden nichts anderes sind als zukünftige höhere Steuern, die man nur vertagt und vor sich herschiebt. Der Bürger muss sie sowieso bezahlen – wir, unsere Kinder und Kindeskindern. Besonders von dem leistungsfähigen und leistungsbereiten Bürger wird immer mehr verlangt werden. Es sieht so aus, als gingen wir einer Teilung unseres Landes entgegen, bei der der eine Teil immer mehr leisten und arbeiten und verantworten muss, damit der andere Teil immer weniger zu tun braucht, wobei ersterer auch noch als Besserverdienender in Misskredit gebracht wird.

Dauerhaften Wohlstand ohne Leistung gibt es nicht. Vor 200 Jahren warnte Abraham Lincoln die amerikanische Nation: „Wer Euch sagt, dass Ihr anders reich werden könnt als durch Arbeit und Sparsamkeit, der ist ein Schelm und betrügt Euch. Man kann die Armen nicht dadurch reich machen, indem man die Reichen arm macht!“ Daran hat sich im Grundsatz auch im 20sten Jahrhundert wohl kaum etwas geändert! Angesichts über 3,5 Millionen arbeitsloser Menschen in Deutschland ist dieser hier Grundsatz vielleicht sogar bedeutender denn je.

4. Handlungsfelder

Die Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit liegen tief und sind vielschichtig. Wir müssen umdenken: Und das heißt im Klartext: Weniger Staat – mehr privat! – Bremsklötze weg! Den Weg freimachen für Innovationen und Investitionen, für Arbeitsplätze im 3. Jahrtausend, an dessen Schwelle wir ja stehen.

Der Staat muss sich wieder auf seine eigentlichen Aufgaben beschränken. Er muss abrücken von dem sich selbst verliehenen Anspruch, Glücksbringer für alle sein zu wollen! Weil nämlich beide sich schaden: Ein Staat der zu viel verspricht – und ein Bürger, der zu viel verlangt. Der Ruf nach dem Staat ist zwar bequem – aber teuer! Ein Staat aber wird dadurch, dass er immer teurer wird, noch lange nicht besser! Wir können gut verzichten auf eine permanente Umarmung durch den Staat, der uns den Atem nimmt! [Ich sage es Ihnen: Ein Flirt mit dem Staat ist immer gefährlich. Der Fiskus ist ein schlechter Liebhaber, aber ein erfahrener Mitgiftjäger.]

Gerade auch das Wort „sozial“ – und das muss man offen aussprechen dürfen – wurde in der Vergangenheit fälschlicherweise häufig so angewendet, als sei es einfach Sache des Staates, Eigeninitiative und Eigenverantwortung, eigenes Risiko – Aufgaben der Familie, der Gruppe, der Vereine, der privaten Vorsorge – mehr und mehr durch staatliche Betreuung rund um die Uhr zu ersetzen.

Wer aber die Wohlstandsdecke zu weit nach oben zieht, muss wissen, dass er dann unten kalte Füße kriegt. Auch gut gemeinte soziale Wohltaten können oft unsoziale Folgen haben! Bertolt Brecht sagt: „Gut gemeint – ist das Gegenteil von gut!“

Wir haben keine Wahl: Wir müssen umdenken, Umkehr oder Abstieg. Schaffen wir es nicht, hier eine Bewusstseins Änderung in unserem Land zu bewirken, so ist der wirtschaftliche Abstieg in die zweite Klasse vorprogrammiert und damit die akute Gefährdung unseres Wohlstandes, an den wir uns so angenehm, so mollig und bequem gewöhnt haben! Es ist eben leicht, Luftschlösser zu bauen, aber sehr schwer, sie wieder abzureißen.

Jedem, dem es ernst ist, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, dieses zentrale Problem von den Wurzeln her anzugehen, muss wissen: Ein neuer Arbeitsplatz entsteht nur dann, wenn 2 Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Wenn ein Arbeitsplatz gebraucht wird – wenn also ein neuer Betrieb gegründet oder ein bestehender Betrieb erweitert wird und
2. entsteht ein neuer Arbeitsplatz nur dann, wenn zugleich einer da ist, der ihn auch bezahlen kann.

Der Staat kann durch Staatswirtschaft die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Er schafft über Staatswirtschaft nur unechte, künstliche Arbeitsplätze. An gerade diesem Irrweg, an diesem Kardinalfehler, sind die Systeme früherer Planwirtschaftsländer des Ostblocks zerbrochen. Zudem beobachten wir immer wieder, wie diese künstlichen, subventionierten Arbeitsplätze echte, erwirtschaftete Arbeitsplätze verdrängen, gesunde Pflänzchen im Keim ersticken. Darüber muss man sich im Klaren sein! Die Rolle des Staates muss es sein, durch eine kluge Steuerpolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik dafür zu sorgen, dass möglichst viele Unternehmen entstehen und bestehen bleiben und sich erweitern können, die

1. Arbeitsplätze brauchen und
2. diese auch bezahlen können.

Daher muss alles auf den Prüfstand, was die Arbeitslosigkeit in die Höhe treiben könnte. Und das heißt im Klartext: Herunter mit den Kosten, herunter mit den Steuern und Abgaben! Wenn unsere Arbeit international zu teuer wird, werden wir sie verlieren!

Auf den Prüfstand müssen deshalb vor allem die Lohnzusatzkosten, die gerade dem arbeitsintensiven Handwerk so viel Sorgen bereiten. Denn selbst bei einem Aufleben der Konjunktur in Deutschland kann die Arbeitslosigkeit wohl nur durch eine Reform des ganzen Systems auf Dauer reduziert werden – *das haben wir gerade erlebt*. Nicht Abschaffung des Sozialstaates ist hier gemeint, sondern Umbau!

Seit Bismarcks Zeiten ist die Finanzierung der Sozialpolitik weitgehend an den Lohn gebunden. Auf diesem Weg trägt das Handwerk, das Arbeitskräfte nicht durch Maschinen ersetzen kann – weil es das individuelle, von Menschenhand statt vom Roboterarm gefertigte Werk vollbringt – ungleich mehr zur sozialen Ausstattung unseres Landes bei als etwa eine voll durchrationalisierte Produktionsstätte, die Menschenarbeit weitgehend durch standardisierten Maschineneinsatz ersetzen kann. Der Handwerksmeister zahlt eigentlich zweimal Lohn – einmal für geleistete Arbeit und ein zweites Mal für nicht geleistete Arbeit. Dieses System führt zu immensen Wettbewerbsverzerrungen. Zum Nachteil derjenigen, die Menschen beschäftigen – Arbeitsplätze schaffen. Hier ist noch viel zu tun.

Die Abgabenbelastung hat mit der Erhöhung der Renten-, Pflege- und gesetzlichen Krankenversicherungs-beiträgen ein trauriges Rekordniveau erreicht. Die Summe der Sozialbeiträge wird 1996 über 40 Prozent des Bruttoverdienstes liegen. Da wurde hier 1/6 Pünktchen mehr für die Rentenversicherung, da 1/7 Pünktchen für die Pflege und schließlich

1/2 Pünktchen Plus für die gesetzliche Krankenversicherung beschlossen – alles „nur kleine“ Pünktchen: Aber die Schmerzgrenze für unsere Betriebe ist damit längst überschritten. Denn diese Pünktchen kosten zusammen etwa 30 Milliarden Mark. Dann soll – angeblich zum Abbau der Bürokratie – was ja auch ein wünschenswertes Unterfangen wäre – staatliches Kindergeld – und ich betone das Wort staatlich, da Kindergeld eine Sache des Staates ist – von Betrieben ausgezahlt werden. Aber nicht Verwaltungsvereinfachung kommt damit auf die Betriebe zu. Und dabei werden deutsche Betriebe schon jetzt mit Bürokratiekosten in Höhe von 58 Milliarden Mark beschwert. So einfach geht das in Deutschland: Ein Pünktchen hier – ein Pünktchen da, Verwaltungsvereinfachung hin – Verwaltungsvereinfachung her. Man könnte aber auch sagen: Hier Milliarden und da Milliarden! Und das kostet nicht nur Milliarden, das kostet auch Arbeitsplätze!

Noch immer fehlt auch eine klare Priorität zu Gunsten neuer Arbeitsplätze. Jüngstes Beispiel ist die Erhöhung der pauschalen Lohnsteuer für Teilzeitbeschäftigte um ein Drittel von 15 auf 20 Prozent. Damit wird keine einzige Teilzeitstelle geschaffen, im Gegenteil: Arbeitsplätze werden vernichtet. Und das in einem Sektor, wo es Arbeitsplätze gibt!

Wie lange kann das noch gut gehen? Wir werden es wagen müssen, wenigstens einen Teil der sozialen Sicherungssysteme nicht mehr über Zwangsbeiträge zu finanzieren, die die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland einengen, sondern uns neue Finanzierungswege zu überlegen. Weniger Staat – mehr privat! Daran orientiert sich das Handwerk!

Die Fakten zeigen, dass es Zeit ist, uns mehr an der Zukunft zu orientieren.

Die Herausforderungen der Zukunft lassen sich ohne kleine und mittlere Betriebe nicht bewältigen. Denn kleine und mittlere Betriebe sind nicht etwa eine Schwäche, sondern sie sind eine besondere Stärke einer jeden Volkswirtschaft.

Das zeigt sich gerade auch in einem vereinten, neuen Europa! Im europäischen Binnenmarkt werden über 90 Prozent der circa 14 Millionen Unternehmen zu den Klein- und Mittelbetrieben gezählt.

In Deutschland arbeiten rund 80 Prozent aller Beschäftigten bei den kleinen und mittleren Betrieben.

Handwerkliche Fachleute und meisterliche Könnner sind überall gefragt. In der Regel sind das Dauerarbeitsplätze. Im Jahr 1993 erwirtschafteten die 765.000 Handwerksunternehmen mit insgesamt circa 5,3 Millionen Beschäftigten einen Umsatz von rund circa 684 Milliarden DM – 684 Milliarden DM – ich habe mich da nicht versprochen.

Fast 568.000 junge Menschen finden im Handwerk eine qualifizierte Berufsausbildung. Damit ist das deutsche Handwerk die größte praktische Lehrwerkstatt! Das gibt es in keinem anderen Land der Welt!

Kleine und mittlere Betriebe sind somit ein Stabilisierungsfaktor von großer Bedeutung für die Wirtschaft.

Und das gilt nicht nur für die Wirtschaft – das gilt gleichermaßen auch für Staat und Gesellschaft. Kleine und mittlere Betriebe sind ein entscheidendes Gegengewicht gegenüber planwirtschaftlicher Verirrung und freiheitsgefährdender Ideologie! Das Handwerk ist – so gesehen – nicht nur eine große und vielseitige Wirtschaftsgruppe, sondern zugleich auch

eine wichtige Gesellschaftsgruppe. Das gibt ihm besonderes politisches Gewicht. Diese politische Bedeutung des Mittelstandes wird jedoch unterschätzt!!

Überall da, wo es einen stabilen wirtschaftlichen Mittelbau gibt, gibt es in der Regel auch einen stabilen Staat. Unkontrollierbare Revolutionen entstehen in der Regel innerhalb des gefährlichen Spannungsbogens der gegensätzlichen Pole von sehr arm einerseits und sehr reich andererseits. Wo es aber einen stabilen Mittelbau gibt, da herrscht in der Regel auch sozialer Friede! Es ist ein großes Glück für die Bundesrepublik Deutschland, gerade auch bei den Problemen, die sich aus der Wiedervereinigung ergeben und in einer Phase nationaler und internationaler Rezession – über einen solchen vielgliedrigen Mittelstand zu verfügen.

Die Regierenden in Bund und Ländern und die politischen Parteien wären gut beraten, die diesem Mittelbau der Wirtschaft – den kleinen und mittleren Unternehmen innewohnenden Kräfte voll zur Entfaltung zu bringen, sie zu fördern und ihnen nicht den wirtschaftlichen Nährboden zu entziehen.

Doch bei dem Wort Mittelstand, da stocke ich eigentlich schon. Denn im Mittelstand – da kann man nämlich nicht stehen, da muss man sich schon ganz munter bewegen. Da neige ich schon eher jener Auffassung zu, die den Mittelstand wie folgt definiert: „Zum Mittelstand zählen alle Betriebe, die Pleite gehen können, ohne dass sich der Staat oder die Gewerkschaften auch nur im Geringsten darum kümmern.“

Ludwig Erhard sagt: „In einer Welt, wo der Wille, modern zu sein, ein Ziel in sich geworden ist und sich durch die Entstehung gewaltiger Produktionseinheiten verwirklicht, sind das Handwerk und die Klein- und Mittelbetriebe die letzte Schranke gegen diesen unüberlegten und illusorischen Wahn.“ Soweit das Zitat. Und lassen Sie mich noch hinzufügen: Die Wirtschaft braucht also das Handwerk, damit die Wirtschaft menschlich bleibt!

Und doch „... gibt es Leute“, sagt Winston Churchill: „die halten den Unternehmer für einen rädigen Wolf, den man totschiagen müsse; andere meinen, der Unternehmer sei eine Kuh, die man melken könne. Nur wenige sehen in ihm, was er wirklich ist, nämlich das Pferd, das den Karren zieht“.

Anstelle von Steuererhöhungsplänen sind Senkungen dringend notwendig – nicht rauf, sondern runter mit den Steuern. *Die steuerliche Gesamtbelastung der Unternehmenserträge liegt in Deutschland über 60 Prozent und damit weit über dem international vergleichbaren Niveau von 35 bis 40 Prozent.* Die notwendige Reform der Unternehmensbesteuerung mit den notwendigen Nettoentlastungen wird von der Politik immer wieder auf die lange Bank geschoben. *Hingegen werden Pläne für neue Belastungen – ohne neue Entlastungen – unter dem Deckmantel der Ökosteuern von allen Parteien ins Spiel gebracht.* Das ist ein Weg, der uns immer weiter wegführt vom Markt – dabei unsere historische Fähigkeit, auf bestimmten Marktsektoren konkurrenzlos zu sein – verspielend.

Gerade die Unternehmenssteuerlast muss deutlich gesenkt werden. Und so ließen sich notwendige Innovationen und Investitionen in den Standort Deutschland finanzieren! Und so wird die neue Gründermentalität geweckt.

Selbständigkeit und unternehmerisches Risiko müssen sich wieder lohnen, und nicht nur Brutto, sondern auch Netto – nach Abzug von Steuern und Abgaben. Sonst gibt es keine neuen Arbeitsplätze! Nicht eine Gerechtigkeitslücke ist unser Problem, sondern eine Unternehmerlücke!!

Leistung darf nicht bestraft werden. Erträge dürfen nicht weggesteuert oder gar als kapitalistischer Sündenfall verächtlich gemacht werden – Fleißige und Zuverlässige nicht als "Besserverdienende" benachteiligt und abqualifiziert werden. Gewinne sind legitim. Und sie sind noch viel mehr! Gewinne sind eine der wichtigsten Triebkräfte der Wirtschaft!

Wer das nicht verstehen will, hat wichtige Zusammenhänge der Wirtschaft – und erst recht der Marktwirtschaft – nicht verstanden!

Die beste Mittelstandspolitik, die ich kenne, – meine Damen und Herren – ist und bleibt deshalb eine vernünftige Steuerpolitik, die Leistung belohnt und nicht bestraft. Das wird auch immer wichtiger.

Deutschlands Unternehmen sind in die Jahre gekommen, der Generationenwechsel steht an. Das Institut für Mittelstandsforschung hat ermittelt, dass 145.000 der rund 2,3 Millionen Firmengründer in den alten Bundesländern älter sind als 65 Jahre. Für jedes vierte größere mittelständische Unternehmen stellt sich bundesweit in den nächsten 5 Jahren die Übergabefrage, die in Nordrhein-Westfalen 15.500 Unternehmen mit 1,1 Millionen Arbeitsplätzen betrifft.

Wer die Arbeitslosigkeit nachhaltig beseitigen will, der muss also die Selbstständigenlücke schließen – sowohl für bestehende Betriebe, die einen Nachfolger suchen, als auch für die Gründung neuer Betriebe. Wie die Bundesregierung bekanntgab, könnten durch 5 Prozent mehr Existenzgründungen im Handwerk 1,5 Millionen Arbeitsplätze allein in Westdeutschland geschaffen werden. Zieht doch jeder neue Handwerksbetrieb durchschnittlich 4 bis 5 neue Arbeitsplätze in kurzer Zeit nach sich.

Ausreichende Anreize für unternehmerische Selbständigkeit sind – so eine jüngste Beurteilung des Bundesministers für Wirtschaft – wichtige Voraussetzungen für einen funktionierenden Wettbewerb, für das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung. Würden diese Anreize beeinträchtigt, dann drohen Gefahren für ein freiheitlich marktwirtschaftliches System und weitere Arbeitslosigkeit. Na also!

Mehr Unternehmer, mehr Existenzgründer braucht das Land. Und Bremsklötze vom Staat, die das Projekt Selbstständigkeit lähmen, müssen aus dem Weg geräumt werden!

Die hohe Arbeitslosigkeit ist unter anderem auch die Folge des Wegbrechens alter, überkommener Industrien, eine Folge des Mangels an neuen Arbeitsplätzen, die aus neuen Entwicklungen und Innovationen entstehen könnten. Mehr Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum gibt es nur, wenn wir konsequent auf Innovationen setzen. Technik kann heute durchaus menschlich sein.

Wir haben keine Wahl: Wir dürfen uns nicht auf dem Paradekissen der technologischen Dynamik und der innovativen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte ausruhen. Wir müssen vor allem auf denjenigen Feldern stark werden, die die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen. Nicht eine Gerechtigkeitslücke haben wir, wir haben eine Unternehmer- und Innovationslücke.

Es scheint an der Zeit, dass wir uns in Deutschland die vielverbreitete Technikfeindlichkeit und Misstrauen gegenüber neuen Technologien aus einem anderen Licht betrachten. Dazu eine wahre Anekdote: Als anno 1835 die erste Eisenbahn auf der Strecke von Nürnberg – Fürth aufs Gleis gelassen wurde, warnten erschreckte Kritiker in tiefer Überzeugung vor

dieser Erfindung. Sie glaubten, dass ein menschliches Gehirn die Geschwindigkeit, der durch eine Dampflock mit mehreren Pferdestärken gezogenen Bahn nicht überleben würde. Wer wollte heute diese glorreiche Erfindung missen?

Die Geschichte ist voll solcher Misstrauens-Zeugnisse gegenüber der Leistungsfähigkeit von Innovationen: Die teuerste Wette, die das größte britische Wettbüro, der Buchmacher William Hill, jemals verloren hat, war diese: 1964 wettete ein realistischer Optimist, dass die Menschheit bis zum Ende des Jahrzehnts den Mond betreten werde. Die professionellen Wahrscheinlichkeits-Analytiker des Wettbüros hielten das für eine Utopie, witterten ein großes Geschäft mit der Gegenwette und nahmen an. Der Buchmacher verlor haushoch: 1969 setzten Neil Armstrong und Edwin Aldrin ihre Füße auf den Mond und winkten dem blauen Planeten zu.

Erich Häußler, ehemaliger Präsident des Deutschen Patentamtes, weist uns darauf hin, dass in Deutschland die Erfindungen in den Zukunfts-technologien bereits auf einem besorgniserregend niedrigen Niveau liegen.

Hürden auf dem Weg von der Erfindung bis zum marktfähigen Produkt sind hierzulande ein unüberschaubares Dickicht gesetzlicher Bestimmungen und Verordnungen, die Vielzahl von Detailanforderungen und unkalkulierbare Genehmigungsverfahren. Und wenn von der Patentanmeldung bis zur Markteinführung zehn Jahre verstreichen und Patente zugleich höchstens zwanzig Jahre lang die eigene Idee schützen, dann kann man leicht an einer Hand abzählen, dass diese Stolpersteine gerade für die kreativen kleinen und mittleren Betriebe, die sich eben nicht wie die Großunternehmen und Konzerne über den internationalen Kapitalmarkt mit Finanzmitteln ausstatten können, zu unüberwindbaren Felsbrocken werden.

Die Chancen neuer Technologien durch Innovationen sind kein Selbstzweck, sondern sie dienen der Verbesserung der Lebensgrundlage und Lebensverhältnisse aller. Alle sind betroffen! Technischer Fortschritt ist menschlicher Fortschritt!

Das gilt auch für den Umweltschutz. Umweltschutz, die Bewahrung unseres natürlichen Ökosystems, ist eine Herausforderung, die von niemandem mehr grundsätzlich in Frage gestellt werden kann. Man muss dennoch sehen, dass Umweltschutz für die Betriebe eine Medaille mit zwei Seiten ist: Einerseits belastet er sie, bietet ihnen andererseits aber auch neue Chancen.

Die eine Seite: Der Dschungel geltender Umwelt-Auflagen und -Abgaben sowie ständig neue Vorschriften und Gesetze erhöhen die in Deutschland ohnehin schon zu hohen Produktionskosten der Wirtschaft. Öko-Abgaben zum Beispiel verschlechtern die Position des Wirtschaftsstandortes Deutschland im internationalen Wettbewerb, wenn nicht gleichzeitig andere Steuern und Abgaben gesenkt werden. Öko-Abgaben dürfen deshalb auf keinen Fall neue Steuern unter dem politischen Deckmantel des Umweltschutzes sein, die dazu dienen sollen, in Wahrheit öffentliche Haushaltslöcher zu stopfen. Die einzige Lösung: Eine Abgabe, die das teuer macht, was wir alle nicht wollen – nämlich die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage – muss einhergehen mit einer Senkung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten, um vermehrt das schaffen zu können, was wir alle wollen – nämlich mehr Arbeitsplätze.

Ob sich mit Öko-Abgaben zudem tatsächlich das ökologische Gleichgewicht bewahren lässt, dürfte fraglich sein: Klimaveränderungen machen vor Staatsgrenzen keinen Halt. Solange in

anderen Ländern Umweltnutzungen kostenfrei bleiben, können Betriebe, die unsere Umwelt besonders belasten, ins Ausland abwandern und den Lebensraum Erde weiter schädigen.

Gerade aber Entwicklungsländern dürfte es wohl kaum zuzumuten sein, vorrangig an teuren Umweltschutz zu denken, wenn es erst einmal darum geht, konkurrenzfähige Wirtschaftspotentiale zu erschließen, um die ökonomische Entwicklung voranzutreiben.

Die andere – positive – Seite der Medaille: Umweltschutz öffnet Unternehmen die Tür zu neuen Märkten. Er spornt an, neue innovative Techniken und Produkte zu entwickeln. Denn angesichts der wachsenden Bedeutung des Umweltschutzes gibt es gute ökonomische Gründe für eine ökologisch orientierte Unternehmenspolitik. Kunden messen Unternehmen und deren Angebote zunehmend an ihren Umweltschutzaktivitäten. Wer diesem Maßstab gerecht wird, kann Marktanteile sichern und ausweiten, sein Betriebs- und Produktimage verbessern und schließlich Kosten senken.

Diese Unternehmensstrategie trägt zudem wesentlich zur Sicherung des ökologischen Gleichgewichts bei. Mit dem Einsatz moderner Produktionstechniken werden wertvolle Energie gespart und knappe Rohstoffe geschont. Das ist vorbeugender Umweltschutz, der die Belastung unseres Lebensraumes an der Quelle beseitigt.

Besonders für den Mittelstand und gerade auch für das Handwerk mit seinem innovativen Potential, seiner Flexibilität und seinen individuellen Produkten und Dienstleistungen sichern ökologische Innovationen und der Einsatz von Umwelt-High-Tech Vorteile im Wettbewerb.

Nicht der Verzicht auf Technik sichert unsere natürliche Lebensgrundlage, sondern ihr intelligenter Einsatz. Und deshalb schließen sich Ökologie und Ökonomie – Umweltschutz und wirtschaftliches Denken und Handeln – auch nicht aus; sie ergänzen sich vielmehr. Dazu leistet das Handwerk einen wichtigen Beitrag.

Um intelligente Umwelt-Technik einzusetzen, brauchen die Betriebe viele neue Kenntnisse, müssen ihr praktisches Wissen in diesem Bereich ständig erweitern.

Wenn es stimmt – und ich bin zutiefst davon überzeugt – dass die Ausbildung der Jugend die Grundlage eines Staates ist, dann kommt grundsätzlich allen Fragen von Bildung und Ausbildung eine Schlüsselrolle zu.

Die Bundesrepublik Deutschland hat inzwischen etliche ihrer Standortvorteile – vor allem auf der Kostenseite – zweifellos verspielt. Deutschland nimmt bei den Löhnen, den Lohnsatzkosten und den Unternehmenssteuern einen Spitzenplatz ein. Wir leisten uns den meisten Urlaub, den höchsten Krankenstand, die meisten Feiertage – wir leisten uns die ältesten Studenten und die jüngsten Rentner!

Wenn der Wirtschaftsstandort Deutschland trotzdem immer noch relativ attraktiv geblieben ist, so liegt dies neben einer hervorragenden Infrastruktur nicht zuletzt auch an dem erstklassigen System der Berufsbildung in Deutschland. Hier spielen wir nun wirklich in der 1. Klasse!

In dieser hochentwickelten Berufsausbildung, in der hohen Qualität dieses weltweit anerkannten dualen Ausbildungssystems, in der praktische Berufsarbeit und berufsbegleitende Berufsschule auf optimale Weise zusammenkommen und sich ergänzen können, liegt ein ganz besonderer Wettbewerbsvorteil Deutschlands auf den Weltmärkten.

Die Regierenden und die politischen Kräfte sollten sich dieses Standortvorteils stärker bewusstwerden und dieser Chance Rechnung tragen. Das Handwerk fordert deshalb konsequent die Gleichwertigkeit von schulischer, allgemeiner Bildung einerseits und beruflicher Bildung andererseits. Wir wollen doch nichts anderes, als dass die in einer praktischen Berufsausbildung stehende Jugend, Lehrlinge, Gesellen und Meister in gleicher Weise auch gefördert werden wie Schüler und Studenten!!! Davon sind wir aber noch weit entfernt.

Unsere Forderung an die Bildungspolitik nach Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung richtet sich gegen keine andere wirtschaftliche und gesellschaftliche Gruppierung.

Und so sagen wir auch wohl 'mal: Ein Abitur schadet ja auch nichts, wenn man danach etwas Anständiges lernt!

Andererseits weiß jeder: Niemand ist frustrierter als ein Akademiker, der später seiner hohen Qualifikation entsprechend nicht mehr beschäftigt werden kann!

Wir brauchen in Deutschland natürlich beides – berufliche Praktiker ebenso wie akademisch ausgebildete Wissenschaftler. Dazu bedarf es nicht nur der theoretischen Intelligenz, sondern gleichermaßen auch der praktischen Intelligenz! Kopf und Hand müssen zusammenwirken – und lassen Sie mich hinzufügen – auch Herz gehört dazu!

Herzlosigkeit und Gleichgültigkeit sind gefährliche Erscheinungen unserer Zeit! Haben wir Mut zur Zukunft, haben wir die Courage, unsere Zukunft aktiv zu gestalten – mit Fantasie, Ideenreichtum und Tatkraft!